

# iFijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 277

29. Jan. 2003

9. Jahrgang

## Sicherheit ist relativ

Am 23. Dezember 2003 gab es im Hochsicherheitsgefängnis *Pavoncito* einen grausamen und blutigen Aufstand unter den Gefangenen. Dabei gab es 14 Todesopfer, unter ihnen Julio César Beteta Raymundo, ein Verwandter des für den Mord an Mirna Mack verurteilten Noel de Jesús Beteta, sowie 50 Verletzte. Es dauerte über zwölf Stunden, bis sich die Aufregung im Gefängnis soweit beruhigt hatte, dass die Polizei und die Gefängnisbehörden ein erstes Mal einen Augenschein von dem Massaker nehmen konnten.

Ursache des Aufstandes war eine 'gefangeneninterne' Revolte, d.h., die in der Knasthierarchie schlechter Gestellten lehnten sich gegen den als autoritär und willkürlich bekannten Beteta und seine Leute auf.

Das soziale Klima innerhalb der Gefängnisse ist ein Spiegel der Realität ausserhalb der Gefängnismauern. Eingeknastete Angehörige der verschiedenen Banden (*Maras*) stehen unter Kontrolle ihrer Chefs draussen und so wie die Abrechnungen untereinander draussen stattfinden, laufen sie auch drinnen ab, nach dem Vendetta-Prinzip nämlich. Wer zu keiner *Mara* gehört, oder keine Angehörigen hat, die für ihn die gefängnisintern erhobenen Bestechungsgelder bezahlen, steht auf der Hierarchiestufe zuunterst und entbehrt jeglicher Privilegien. Doch diesmal scheint es, dass es nicht in erster Linie eine Abrechnung zwischen *Maras* war, sondern eher eine Art Klassenaufstand unter den Gefangenen.

Über die wirklichen Ursachen und den genauen Auslöser des Aufstandes kann bloss spekuliert werden, deutlich wurde jedenfalls, dass die Gefängnisbehörden, rund eineinhalb Jahre nach der Massenflucht aus einem anderen sog. Hochsicherheitsgefängnis, die Situation der Gefängnisse nach wie vor nicht im Griff haben. Als einzige Massnahme wurde nach dem Aufstand der Gefängnisdirektor vom *Pavoncito* abgesetzt und einige der Gefangenen in ein anderes Gefängnis verlegt. An den Grundübeln, nämlich an der Korruption und Bestechung, die in den Gefängnissen ebenso verbreitet sind wie ausserhalb, lässt sich schwer etwas ändern, solange die politischen Machtstrukturen bleiben, wie sie sind.

Auch jetzt, einen Monat nach der Revolte, steht das Gefängnis noch unter Kontrolle der Insassen, obwohl Innenminister Adolfo Reyes Calderón das Gegenteil behauptet. So bestimmen z.B. die Gefängnisinsassen, wer den täglichen Appell durchführen darf und beim Friedensrichter in Frajines (der Ortschaft, wo das *Pavoncito* ist) wurden letzte Woche von zwei Gefängnisinsassen Klage eingereicht wegen Misshandlung durch Mitgefangene.

Die Gefängnisrevolte von Ende Dezember hat nebst breiter Empörung in der Bevölkerung auch ein Nachdenken über den Begriff "Sicherheit" ausgelöst. Wir dokumentieren im Folgenden die Überlegungen von Jorge Fuentes, Professor an der Universität San Carlos in Guatemala Stadt.

### Die Stadt:

#### Unser miserables Hochsicherheitsgefängnis

Es ist nicht mehr eine repressive Regierung, die ihre politische Macht ausübt, und trotzdem sind in unserer fragilen Demokratie die Gefängnisse überfüllt. Die Gefangenen Guatemalas sind – logischerweise – arm. Denn nur die Armen enden im Gefängnis in einem Land, in dem jemand, der eine Brücke baut, die sogleich wieder zusammenbricht, oder jemand, der öffentliche Gelder verschwinden lässt oder Banken in den Bankrott treibt, sicher nicht ins Gefängnis kommt. Unsere Gefängnisse sind dreckig und überfüllt wie Sardinienbüchsen oder *Ruleteros* (Kleinbusse, die in den Städten für den Personentransport eingesetzt werden). Dante's Inferno ist ein Disneyland im Vergleich zu unseren Gefängnissen. In der Mehrheit der Fälle sitzen die Strafgefangenen ohne Verurteilung. Bei einigen kam es nicht einmal zu einer Verhandlung, viele wissen nicht, weshalb sie eingesperrt sind. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass es zu solchen Aufständen kommt wie vor Weihnachten oder zu Massenausbrüchen wie vor einem Jahr, solange es in den Gefängnissen vor Hass brodeln und unmenschliche und entmenschlichende Zustände herrschen. Es wundert auch nicht, dass alle, die wir draussen gefangen sind,

hoffen, dass die Gefängnisbehörden die Aufständischen mit Schüssen durchlöchern und auch sonst noch ein bisschen aufräumen, um so die Übervölkerung der Gefängnisse bis zum nächsten Aufstand etwas unter Kontrolle zu halten.

Eigentlich kann man sagen, dass wir alle Gefangene sind, die einen mehr und die anderen weniger. Die einen innerhalb der Gefängnismauern, die andern ausserhalb. Denn kann man diejenigen frei nennen, die von der Notwendigkeit gefangen sind, zu leben um zu arbeiten, anstatt zu arbeiten um zu leben? Oder die Gefangenen der Verzweiflung, die keine Arbeit haben und nie haben werden und dazu verurteilt sind, unterbeschäftigt ihr schlechtes Leben zu leben? Oder die Gefangenen der Angst – können wir wirklich sagen, dass wir in Freiheit leben? Wir leben alle zwischen Gittern, Schranken, Stacheldraht, Alarmanlagen, Absperrungen und Privatpolizisten. Alle Türen und Fenster der Häuser derjenigen, die etwas zu verlieren haben, auch wenn es wenig oder gar nichts ist, sind vergiftet. Ich habe in einigen Armenvierteln sogar Gitter an Plastik- oder Blechunterkünften gesehen. Es gibt auch schon Pärke, die umzäunt und mit Ketten und Schlössern versehen sind. In unserer Stadt, wo sich "rettet wer kann", ver-

gittern und schliessen sich alle ein, die Reichen, der Mittelstand und die Armen. Wir sind alle Gefangene: Die Wächter und die Bewachten, die Auserwählten und die Marginalisierten, die Blonden und die Dunklen, die Reichen und die Armen, die Regierenden und die Regierten.

In unserer grossen Stadt, wo Entführungen zum Alltag gehören, leben die Frauen und Kinder der Reichen eingeschlossen in einer Kapsel der Angst. Sie wohnen in mit Mauern umzäunten Villen, in grossen Häusern, um die ein unter Strom stehender Zaun gebaut ist und die von bewaffneten Polizisten bewacht werden. Sie sind Tag und Nacht von Leibwächtern oder Videokameras überwacht. Sie "leben" nicht in der Stadt, in der sie leben. Es ist ihnen verboten, in diese weitläufige Hölle einzutreten, die hinter ihrem winzigen privaten Paradies lauert. Hinter den Grenzen der Privilegien dehnt sich die Region des Terrors aus, in der die Menschen hässlich, dreckig, zahlreich, stinkend und gefährlich sind.

Arm sein ist in diesem Land ein Verbrechen. Noch bevor die Kinder der Reichen die teuren Drogen entdecken, die ihnen helfen, die Einsamkeit und die Angst zu überwinden, sind die Kinder der Armen süchtig nach Leim und Lösungsmitteln. Während die Kinder der Reichen mit Laserpistolen Krieg spielen, haben Bleikugeln die Kinder der Armen schon niedergemäht. Einige Experten nennen die Kinder, die auf den Müllhaufen der Zone 3 mit den Geiern um die Abfälle streiten, euphorisch "kindliche Bevölkerung mit beschränkten finanziellen Mitteln". Und dieses Muster wiederholt sich in allen Städten von Sub-Amerika. Laut Statistiken gibt es 60 Millionen Kinder, die in absoluter Armut leben, Tendenz steigend.

Von allen Gefangenen des Systems sind es die Kinder, die am meisten zu leiden haben. Die Stadt saugt sie aus, überwacht sie, bestraft und tötet sie. Nie hört sie ihnen zu, nie versteht sie sie. Sie kommen mit den Wurzeln an der Luft auf

diese Welt. Viele von ihnen sind Kinder von BäuerInnen, die brutal von ihrer Erde weggerissen wurden und in die Stadt geflüchtet sind. Zwischen der Wiege und dem Grab verkürzen der Hunger und die Wunden das Leben. Jedes zweite arme Kind überlebt, in dem es seine Arbeitskraft verschenkt, im Gegenzug zu ein paar essbaren Abfällen: Sie verkaufen Schmuggelware an den Strassenkreuzungen, betteln mit ihren als Clowns geschminkten Gesichtern an einer Ecke, arbeiten als billige Arbeitskraft in Werkstätten, Billardsalons und Spielunken, putzen Schuhe oder verkaufen Zeitungen, passen auf geparkte Autos auf oder arbeiten in den *Maquilas*, die Kleider für den Norden herstellen. Und das erste arme Kind? Von jedem zweiten armen Kind bleibt eines übrig. Der Markt hat keine Verwendung dafür, es rentiert nicht und hat deshalb kein Existenzrecht. Das selbe Produktionssystem, das die Alten verachtet (alt = älter als dreissig Jahre), verstösst die Kinder. Und – hat Angst vor ihnen. Aus der Perspektive des Systems ist das Altern ein Scheitern, die Kindheit hingegen ist eine Gefahr.

In unserem Land hat die Hegemonie des Marktes die Bande der Solidarität zerschnitten und das soziale Geflecht in Fetzen gerissen, eine Aufgabe, die sie vom Repressionssystem geerbt hat. Welche Zukunft haben die BesitzerInnen des Nichts in diesem Land, in dem Besitz zu einem Heiligtum erklärt ist? Die Kinder der Armen leiden am meisten unter dem Widerspruch zwischen einer Kultur, die zum Konsum zwingt und einer Realität, die den Konsum unerschwinglich macht. Der Hunger zwingt sie zum Stehlen oder sich zu prostituieren. Aber ebenso zwingt sie die Konsumgesellschaft dazu, die ihnen ihr Angebot vorenthält. Die Kinder rächen sich, indem sie sich darauf spezialisieren, Reebok-Turnschuhe, Levi's-Jeans, Sonnenbrillen der Marke Serengety und andere Modeartikel zu klauen. In den Armenvierteln unserer Stadt formieren sich ver-

zweifelte Kinder und Jugendliche zu Banden, vereint durch den Tod, der sie bedroht, und ihre einzige Hoffnung ist, sich von ihrem existenzbedrohenden Sklaventum zu befreien.

In diesen Zeiten sozialer Unsicherheit, in denen sich der Reichtum konzentriert und die Armut ausbreitet, wer spürt da nicht, wie ihm oder ihr der Boden unter den Füßen entzogen wird? Die Mittelklasse lebt in einem Zustand des Scheins und gibt vor, mehr zu haben als sie wirklich hat. Noch nie war es für sie so schwierig wie jetzt, diese selbstverleugnende und eingefleischte Tradition aufrecht zu erhalten. Sie ist heute gelähmt vor Panik: Panik, die Arbeit zu verlieren, das Auto, das Haus, die Möbel und alles, was sie auf Kredit und zu horrenden Zinsen gekauft hat. Und Panik, nicht das zu haben, was man haben muss, um zu "sein".

Diese Panik gibt die Mittelklasse auch an ihre Kinder weiter. Gefangen in der Falle der Angst, sind diese Kinder dazu verurteilt, die Erniedrigung der ständigen Gefangenschaft zu ertragen. In der Stadt der Zukunft, die immer mehr zur Realität wird, werden diese Telekinder, überwacht von einem elektronischen Kindermädchen. Sie betrachten die Strasse von ihren Balkonen oder aus ihren Fenstern heraus: Die Strasse, die ihnen wegen der darauf herrschenden Gewalt (oder wegen der Angst vor dieser Gewalt) verboten ist – dieses Szenario namens Strasse, auf dem das immer gefährliche und manchmal wunderbare Spektakel des Lebens stattfindet.

## Guatemala und die Weltpolitik

**Guatemala, 18. Jan.** Zusammen mit einigen hundert KriegsgegnerInnen demonstrierten Mitglieder der URNG vor der US-amerikanischen Botschaft gegen den angekündigten Krieg gegen den Irak. "Nein zum Yankee-Imperialismus, Ja zum Frieden" und "Nieder mit Bush, nieder mit Blair" hiess es auf ihren Transparenten. In einem Flugblatt schrieb die URNG, die Vereinigten Staaten suchten einen Krieg, um das Öl in der Region zu kontrollieren und erinnerte daran, dass Irak die weltweit zweitgrösste Reserve dieses "Schwarzen Goldes" besitze.

Auch zu einer anderen Ölnation äusserte man sich in Guatemala: Die Spitze des Unternehmensverbandes CACIF solidarierte sich an einer Pressekonferenz mit ihren "Kollegen in Venezuela", die sich "gegen einen Angriff auf das Privateigentum" durch Präsident Chávez wehrten. Genauso Sorgen wie über das Schicksal des Landes machten sich die guatemalteckischen UnternehmerInnen jedoch darüber, dass Guatemala seit Ausbruch der Krise einen Exportverlust von 14 Mio. US-\$ nach Venezuela zu verzeichnen hat.

### ¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

## Eine Frage des Standpunktes?

**Guatemala, 15. Jan.** Zum dritten Jahrestag seiner Amtsführung legte Präsident Alfonso Portillo zwei Anzeichen des mangelnden Respekts gegenüber der guatemaltekischen Bevölkerung vor. Das erste fand ausserhalb des Kongresses, auf dem davor liegenden *Platz der Konstitution*, statt. Hierher hatte die FRG Tausende von SympathisantInnen herangekarrt, darunter Ex-PACs und BäuerInnen, mit dem Ziel, die öffentliche Unterstützung des Präsidenten seitens der 'Bevölkerung' unter Beweis zu stellen und damit schon einmal für den 'richtigen' Wahlkampf zu proben. Dass vom Obersten Wahlgericht das Durchführen von Wahlkampagnen noch nicht freigegeben ist, spielte dabei keine Rolle. Die zweite Missachtung spielte sich im Kongress selbst ab, wo der Mandatsträger seinen dritten Regierungsbericht präsentierte, in dem er die Themen, die für das Land von wirklicher Bedeutung sind, fast vollständig ausliess.

Das 300 Seiten umfassende Dokument ist in vier Kapitel aufgeteilt: Das erste behandelt den politischen Rahmen, in dem die Regierung agiert, das zweite zeigt ein allgemeines Panorama des Landes auf, wobei ökonomische und soziale Phänomene für das öffentliche (Nicht-)Handeln herangezogen werden. Das dritte und umfangreichste Kapitel beschäftigt sich mit den Erfolgen der FRG-Regierung, darunter werden die in 2002 erreichte makroökonomische Stabilität, die wirtschaftliche Liberalisierung, die Strategie zur Armutsbekämpfung und die Erfüllung der Friedensverträge hervorgehoben. Letzterer Aspekt bezieht sich auf die Reduzierung des *Präsidenten Generalstabs* (EMP) um 25%, die Ende des Jahres verkündet worden war,

und die Auflösung des Drogendepartements DOAN. Portillo hielt in diesem Zusammenhang auch die Entschädigung von Opfern des internen Konfliktes und die Demobilisierung einiger Militärstützpunkte für nennenswert. Im vierten Kapitel des Berichts werden als Herausforderungen für 2003 ein wirtschaftliches Wachstum und die Stärkung des demokratischen Systems genannt.

Die herrschende Korruption rechtfertigte er durch deren Existenz seit der Geschichte des Landes selbst, v.a. bezugnehmend auf die autoritäre Form, in der die öffentliche Macht seit Jahr und Tag ausgeübt worden war. Dabei wies er darauf hin, dass keine Regierung sich so offen für die Überwindung dieses Übels gezeigt habe wie die seine. Zudem würde dieses Thema von mächtigen Gruppen als politische Waffe benutzt. Die Gründung der Transparenzkommission sei als wichtiger Schritt gegen diese Geissel anzusehen.

Im Zusammenhang mit den vom Präsidenten stolz erwähnten Massnahmen zur Bekämpfung der "Nahrungunsicherheit" im Land bleibt zu erwähnen, dass die Intervention des Welternährungsprogramms notwendig war, um Lebensmittel-Projekte durchzuführen. Die Agrarproblematik erklärte Portillo als Kolonialerbe; neben der Vergabe von einzelnen Ländereien beschränkten sich bisherige Massnahmen auf die Gründung des *Sekretariats für Agrarangelegenheiten* (SAA). Dieses soll eine Politik zur ländlichen Entwicklung vorlegen, die sich aus der Agrarreform heraus ergeben soll, im Endeffekt jedoch die anzustrebende Harmonie zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft an-

zustreben hat.

Der Bericht Portillos ist deutlich auf die externe Wahrnehmung hin ausgerichtet, wohl als Reaktion auf die in den letzten Wochen wiederholte Schelte von Seiten der USA und auch der EU in Bezug auf die Nichterfüllung der Vereinbarungen mit der Konsultivgruppe. Entsprechend hagelte es auch Kritik seitens der sozialen Organisationen.

So lauten die Bewertungen der 'Erfolge' von Seiten verschiedener BeobachterInnen doch etwas anders als die Portillos. Laut Wahrnehmung von Frank La Rue vom Menschenrechtszentrum CALDH, lebe der Präsident in einem anderen Land; diese drei Regierungsjahre hätten einen signifikanten Rückschritt in fast allen Bereichen mit sich gebracht, vor allem die Menschenrechte betreffend. María del Carmen Aceña vom Wirtschaftsforschungsinstitut CIEN erklärte, dass die Autoritäten keinerlei Aussenhandelspolitik aufgestellt hätten, genauso wenig habe man das Problem der ländlichen Entwicklung gelöst. Leider, so prognostizierte Jorge Briz von der Handelskammer, wird es die Regierung nicht schaffen, von den Worten zu Taten zu schreiten.

Mario Polanco von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) bewertete das Dokument als einen weiteren Akt der Demagogie, einzig dafür da, die Reiheliste der Werke und Projekte zu schmücken, die die Regierung der FRG angeblich realisiert habe. Dieser Bericht sei Teil der Vorbereitung für die Täuschungsmanöver des "blauen Händchens" bei den anstehenden Wahlen, was sich schon an der illegalen FRG-Aktion auf dem *Platz der Konstitution* erkennen liesse, so der Menschenrechtsaktivist.

## Guatemala auf der schwarzen Liste

**Guatemala, 17. Jan.** Die von Portillo angegebenen Erfolge im Kampf gegen den Drogenhandel und die Korruption reichen in den Augen der USA nicht aus, um Guatemala von der entsprechenden schwarzen Liste zu streichen. Trotzdem genießt das Land einen Ausnahmestatus und entkommt – ausser der moralischen – jeglicher Sanktion. Diese Ausnahme ist eine Modalität, die das nordamerikanische Gesetz berücksichtigt, das den Zertifizierungsprozess reguliert und nach dem die Regierung ein bestimmtes Land kennzeichnet, ihm jedoch keine Strafe auferlegt.

Im Rahmen der Sanktionen wird vor allem der Stopp jeglicher finanzi-

ellen Hilfe genannt, mit Ausnahme derjenigen, die direkt in die Drogenhandelsbekämpfung fliesst. Zudem weisen die USA ihre VertreterInnen in den internationalen Finanzorganismen an, sich gegen die Gewährung von Darlehen an eine disqualifizierte Nation auszusprechen – doch auch das wird Guatemala wohl kaum betreffen.

Im Oktober hatte der ehemalige US-Staatssekretär Otto Reich bestätigt, dass die Chefs des organisierten Verbrechens, des Drogenhandels und der Mafias mit den hohen Sphären der guatemaltekischen Regierung in Verbindung stünden und die Ernennung einiger MinisterInnen beeinflussten. Der US-Staatssekretär für internatio-

nale Drogenangelegenheiten, Paul Simmons, warf Präsident Portillo direkte Beziehungen zur Mafia vor und forderte die Aufklärung dieser Zusammenhänge und die Ermittlung gegen die Verantwortlichen im Drogenhandel. Jedoch ist dies noch nicht geschehen, was möglicherweise zur Disqualifikation geführt hat.

Dass die Bekämpfung des Drogenhandels offensichtlich doch eine Frage des politischen Willens ist, bewies der nach der Auflösung der DOAN eingesetzte *Informationsservice für Drogenbekämpfung*, dem es gelang, im Dezember mehr Drogen zu beschlagnahmen, als die DOAN im ganzen Jahr eingesammelt hatte.

## Vom Schafspelz zum Wolf: Edgar Gutiérrez

**Guatemala, 17. Jan.** In den letzten Monaten hat sich der Druck der internationalen Gemeinschaft erhöht, die von der Regierung Portillo eine effizientere Bekämpfung der Korruption und des Drogenhandels sowie eine Verbesserung der Menschenrechtssituation fordert. Als eine Reaktion darauf wurde im Dezember der damalige Aussenminister Gabriel Orellana durch Edgar Gutiérrez ersetzt. Bei der Präsentation des Berichts über sein drittes Regierungsjahr Mitte Januar, sagte Präsident Portillo, dass sein neuer Aussenminister eine Schlüsselrolle bei der Konsolidierung der Demokratie in Lateinamerika spielen werde, da Guatemala das Präsidium des *Ständigen Rats der Organisation Amerikanischer Staaten* (OEA) innehatte.

Gutiérrez ist eine umstrittene Person innerhalb der guatemalteckischen Linken, u.a. deshalb, weil er von einem engen Mitarbeiter des ermordeten Bischofs Gerardi zu einem engen Mitarbeiter von Präsident Portillo mutiert ist. Als er vor zwei Jahren der Regierung Portillos beitrug, tat er das mit dem Ziel, "von innen her" Kritik zu üben und Veränderungen anzustreben. Unterdessen plappert er treu den Diskurs seines Chefs und der US-amerikanischen Oberbosse nach. Im folgenden Interview erläutert Gutiérrez gegenüber *Inforpress Centroamérica* seine Politik als Aussenminister.

*Was will man mit Ihrer Ernennung zum Aussenminister erreichen?*

Gutiérrez: Es ist kein Zufall, dass die früheren Regierungen aus ihrer internationalen Isolation eine Frage des nationalen Stolzes machten. Das Guatemala von heute jedoch will verstanden werden als ein Land, das sich im Aufbauprozess des Friedens und in der Transformationsphase zu einer Demokratie befindet. Es ist ein Land, dessen Wirtschaft sich öffnet und in dem die ethnische und kulturelle Vielfalt respektiert wird. Menschenrechtsverletzungen haben aufgehört, Teil der Regierungspolitik zu sein. Obwohl es auch heute noch Fälle von Nichtstun oder gar Verdeckung im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen gibt, kann gesagt werden, dass die Bekämpfung des Rassismus sowohl von der Regierung wie auch von der Bevölkerung in Angriff genommen wird.

*Welches sind Ihre Prioritäten als Aussenminister?*

Gutiérrez: Meine wichtigsten Kompromisse mit der Bevölkerung Guatemalas und der internationalen Gemein-

schaft sind die Bekämpfung des Drogenhandels, des Terrorismus und der Korruption. Weitere Ziele sind die Einhaltung der Menschenrechte und eine Verbesserung der Sicherheitslage. Ich will freie und transparente Wahlen und eine reibungslose Regierungsübergabe garantieren können. Weiter will ich die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und Zentralamerika konkretisieren und eine Annäherung an den MERCOSUR anstreben. Auch werde ich mich um das Schicksal von Tausenden von GuatemaltekenInnen in den USA kümmern, die das menschliche und soziale Kapital sind, durch das sich unser Land entwickeln kann. Ich unterstütze die Suche von Präsident Portillo nach gewaltfreien Lösungen im Belize-Konflikt. Portillo ist überzeugt davon, dass die Modernisierung, die Demokratie und der Frieden in Guatemala in der Isolation nicht möglich sind, sondern nur in der gegenseitigen Abhängigkeit. In diese Richtung zu arbeiten, ist mein Ziel.

*Was halten Sie vom Anti-Drogen-, Anti-Korruption- und Pro-Menschenrechtskampf der Vereinigten Staaten?*

Das ist Teil der modernen Globalisierungsgenda. Wir teilen diese und glauben, uns ihr zu verpflichten und sie umzusetzen, ist ganz im Sinne der Friedensabkommen.

*Was halten sie von der Sicherheitsdoktrin der Vereinigten Staaten?*

Seit dem 11. September 2001 sind die Vereinigten Staaten den Angriffen des Terrorismus ausgesetzt. Es handelt sich hierbei um einen globalen Terrorismus, dessen Wurzeln in den Mängeln unserer Staaten in so Grundlegendem wie Gesundheitsversorgung, Erziehung und Kultur liegen. Der Terrorismus muss in seinen Ausdrucksformen und an seinen Wurzeln bekämpft werden. Die einseitige Bekämpfung kann kontraproduk-

tiv wirken und den Weltfrieden gefährden.

*Aus einer aussenpolitischen Perspektive gesehen, sind die Menschenrechte eine der Schwächen Guatemalas...*

Definitiv. Auch wenn die Menschenrechtsverletzungen nicht mehr institutionalisiert sind wie in der Vergangenheit, ist der Staat immer noch nicht in der Lage, die Verantwortlichen zu sanktionieren. Oder wenigstens aufzuzeigen, aus welcher Ecke die Drohungen gegen MenschenrechtsaktivistInnen kommen.

*Welche Rolle spielen die Menschenrechte in Ihrer Aussenpolitik?*

Die Aussenpolitik ist ein Spiegel der Innenpolitik. Ausdruck dafür ist die Anerkennung von Verantwortung seitens der Regierung in einigen Fällen von Menschenrechtsverletzungen im März 2000 (Mirna Mack und Dos Erres, die Red.) Diese Politik hat eine Veränderung in Sachen Menschenrechte eingeleitet und in diese Richtung werde auch ich weiter arbeiten, mit dem Ziel, Prozesse durchzuführen in den Fällen, die vor der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* präsentiert wurden. Im Fall Mirna Mack z.B. habe ich den Anwalt ausgewechselt, der den Staat vertritt und ich glaube, es ist an der Zeit, dass sich der Staat den Petitionen der Klägerseite anschliesst, was übrigens auch absolut der von Präsident Portillo im März 2000 eingeschlagenen Richtung entspricht.

*Welche Einstellung vertreten die Vereinigten Staaten und die Europäische Union gegenüber der Menschenrechtssituation in Guatemala?*

Sie haben mir gegenüber ihre Sorgen ausgedrückt und den Wunsch, dass sich die Situation verbessere, die Fälle aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

## Treffen hinter verschlossener Tür

**Guatemala, 18. Jan.** Aussenminister Gutiérrez, Innenminister Reyes Calderón und Verteidigungsminister Malconi Morán trafen sich mit US-Botschafter Steve McFarland und zwei seiner Leuten des Antidrogendepartements zu einem Arbeitstreffen, von dem jegliche Öffentlichkeit und die Presse ausgeschlossen war.

In einer nach dem Treffen veröffentlichten Presseerklärung hiess es, man habe sich über ein gemeinsames Vorge-

hen bezüglich Informationsaustausch, Kooperation, Schutz des guatemalteckischen Meeres- und Luftraums etc. ausgetauscht. All diese Massnahmen dienen einer effizienteren Bekämpfung des Drogenhandels, der Korruption und sonstiger 'transnationaler Delinquenz'.

Unterdessen ist Gutiérrez nach Europa gereist, wo er eine Reihe von Staaten besucht und auch vor der EU sein Sprüchlein über Korruption und Drogenhandel aufzusagen wird.

## Mutige Initiative der Menschenrechtsorganisationen

**Guatemala, 16. Jan.** Das Wissen darum, dass eine erfolgreiche Aufdeckung und Auflösung der klandestinen Strukturen nur gelingen kann, wenn eine internationale Kommission sich an diese Arbeit macht, besteht bei den guatemaltekischen Menschenrechtsorganisationen schon seit längerem (siehe auch Interview mit Michael Moerth und Clara Arenas in ¡Fijáte! 274).

Nun haben es 20 Organisationen geschafft, sich zusammen zu schliessen und die entsprechende Lobbyarbeit zu machen, und präsentierten zusammen mit dem Menschenrechtsombudsmann Sergio Morales einem Vorschlag zur Einsetzung einer solchen internationalen Kommission. Um der Sache noch etwas mehr Gewicht zu verleihen, fand sich auch der US-amerikanische Botschafter ein, als die Petition dem Präsidenten Portillo überreicht wurde.

Die Kommission soll zusammengesetzt sein aus VertreterInnen der internationalen Gemeinschaft, der UNO, der Organisation Amerikanischer Staaten OEA und der guatemaltekischen Regierung. Untersucht werden sollen die klandestinen, illegalen oder parallelen Strukturen, die seit 1996, also seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen, im Land operieren. Gemäss der Menschenrechtsaktivistin Ruth del Valle solle die Kommission vorerst für ein Jahr eingesetzt werden und ihre sämtlichen Erkenntnisse an die Staatsanwaltschaft weitergeben, damit diese die entsprechenden Strafuntersuchungen einleiten könne.

Wörtlich heisst es in der Erklärung der nationalen Menschenrechtsbewegung: "Die Attentate gegen und die Ermordung von PolitikerInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und Angestellte des Justizwesens sind ein klarer

Beweis für die Existenz klandestiner Körper innerhalb des guatemaltekischen Staates." (...) "Diese Taten sind keine Zufälle. Der Staat ist von seinen verdeckten Kräften in Beschlag genommen worden, die sich als klandestine Körperschaften manifestieren und systematisch die Menschenrechte verletzen. Während der FRG-Regierung hat sich die Situation drastisch verschlechtert. Letztes Jahr wurden 154 Anschläge auf MenschenrechtsaktivistInnen verzeichnet, dieses Jahr hat mit zwanzig Anschlägen auf RechtsanwältInnen und Justizpersonal und drei Anschlägen auf MenschenrechtlerInnen begonnen." (...) "Die guatemaltekische Regierung hat im Mai letzten Jahres akzeptiert, dass diese Anschläge von klandestinen Kräften aus gehen. Trotzdem hat die Regierung bisher nichts unternommen, um diese Strukturen aufzudecken. Die Staatsanwaltschaft war nicht in der Lage, ihre Untersuchungen zu Resultaten zu bringen. Es ist deshalb höchste Zeit, dass drastische Massnahmen ergriffen werden, die der Realität Guatemalas entsprechen." (...)

Die Initiative des Menschenrechtsprokurats und der Menschenrechtsorganisationen wurde sofort unterstützt von Amnesty International, Human Rights Watch, aber auch vom guatemaltekischen Kongress. Im Kongress wurde auf Vorschlag der ANN eine entsprechende Resolution verabschiedet, die von 90 Abgeordneten, darunter auch solche der FRG, unterzeichnet wurde. Amnesty International wies in einer Presserklärung darauf hin, dass eine solche Kommission nur Erfolg haben könne, wenn sie autonom sei sowohl von der guatemaltekischen Regierung wie auch von internationalen Akteuren Interessens.

Das guatemaltekische Aussenministerium verkündete, man habe bereits die

Zusage vom Direktor von Human Rights Watch, José Miguel Vivanco, bei der Vorbereitung für eine solche Kommission mitzuarbeiten. Vivanco sei von Präsident Portillo persönlich angefragt worden, hiess es aus dem Ministerium.

Diese Nachricht verärgerte sowohl den Ombudsmann Sergio Morales wie auch die Menschenrechtsorganisationen: Sie erfuhren von der Anfrage an Vivanco durch die Presse, noch bevor sie überhaupt eine Antwort von Präsident Portillo auf ihre Initiative erhalten hatten. Zwar schätzten sie den Chilenen Vivanco sehr, befürchteten aber, dass das ganze eine Öffentlichkeitskampagne von Präsident Portillo sei, mit der er vom eigentlichen Thema ablenken wolle.

## Damenwahl

**Sololá, 14. Jan.** Das Nationale Frauenforum von Sololá will eine Fortbildung in Bürgerrechtsangelegenheiten für die Frauen des Departements durchführen. Ziel dieses Projekts sei es, die weibliche Beteiligung in den nächsten Wahlen zu stärken, so die Koordinatorin der Einrichtung, Florinda Chavajay. Laut Chavajay wurden die Frauen bislang stets von den politischen Parteien während der Wahlkampagnen lediglich dafür benutzt, dass sie Propaganda-Arbeit leisteten oder Verpflegung zubereiteten. In Bezug auf Entscheidungen oder öffentlichen Stellenbesetzungen hatten sie dabei nichts zu sagen.

Auch seien die Frauen während der Wahlen ständig manipuliert worden, und obwohl das allgemeine Recht besagt, dass die Wahl geheim sei, hätten die Ehemänner oder Väter die Frauen dazu gedrängt der Partei ihrer (männlichen) Wahl die Stimme zu geben.

Laut Chavajay ist es in diesem (Wahl-)Jahr allgemein schwierig für das ganze Land, und besonders für die Frauen, deshalb habe das Frauenforum das Ziel, auf Departementsebene für diese Bevölkerungsgruppe Einfluss auszuüben, damit sie an den Entscheidungen in den verschiedenen Parteien teilnehmen, vor allem während der Wahlen, und dies mit politischer Klarheit.

Die Vertreterin des Forums von Sololá erklärte, dass in der Geschichte dieses Departements bislang noch keine einzige Frau als Kandidatin für die Bürgermeisterei oder als Distrikts-Abgeordnete aufgestellt worden sei. Deshalb sei es an der Zeit, die weibliche Bevölkerung dabei zu unterstützen, jene Räume einzunehmen, die ihnen bis dato verwehrt worden sind.

## Fall Gerardi: Zeuge umgebracht

**Guatemala, 23. Jan.** Erst mit einem Monat Verspätung wurde bekannt, dass am 19. Dezember Noé Gómez Limón, einer der Zeugen im Mordfall Gerardi umgebracht wurde. Laut der UNO-Mission für Guatemala, MINUGUA, sei jegliches 'kriminelle' Motiv auszuschliessen, Gómez Limón sei eindeutig wegen seiner Rolle, die er im Prozess spielt, umgebracht worden.

Nóe ist der Bruder von Gilberto Gómez Limón, dem damaligen Zellennachbar des für den Mord verurteilten Militärspezialisten Obdulio Villanueva. Gilberto hatte gesehen, wie Villanueva in der Mordnacht, am 26. April 1998 die Zelle im Gefängnis von Antigua Guatemala für einige Stunden

verlassen hatte.

Während Gilberto am 12. Juni 2001 wegen guter Führung aus dem Gefängnis entlassen wurde und sofort ins Exil ging, sagte sein Bruder Nóe während des Prozesses aus, er sei unter Druck gesetzt worden, um seinen Bruder davon zu überzeugen, das Geschehene nicht vor Gericht auszusagen, bzw. zu widerrufen. Seither erhielt Nóe immer wieder Morddrohungen.

Im Oktober letzten Jahres hatte das 4. Appellationsgericht in erster Instanz das Urteil gegen die drei Ex-Militärwiderrufen und verlangt eine neue Verhandlung. Ein Zeuge weniger kann da nur im Interesse der Angeklagten sein...

## Vom Klassenzimmer auf die Strasse

**Guatemala, 24. Jan.** Für die guatemaltekischen Kinder hätte am 20. Januar offiziell das neue Schuljahr begonnen, ein bisschen später im Monat als in anderen Jahren, weil es wegen der Einführung neuer Schulpläne in der Primarschule vorgängig zu Verzögerungen kam.

Doch bereits am Samstag vor Schulanfang gab die *Nationale Magisterialvereinigung* (ANM) die Devise heraus, die Eltern sollen ihre Kinder am Montag zu Hause behalten, da es im ganzen Land keinen Schulunterricht geben werde. Die LehrerInnen würden in unbefristeten Streik treten, bis ihre Forderungen erfüllt seien, über die sie seit über drei Jahren mit dem Erziehungsministerium verhandelten.

Und so sah es denn zum Schulanfang in den Aulas aus: In Quetzaltenango blieben über 800 LehrerInnen dem Unterricht fern, deklarierten sich in ständiger Versammlung und forderten in erster Linie die Auslieferung des Schulmaterials vom Bildungsministeriums und die Verteilung von Schulfrühstücken an die Kinder. Auch eine Gehaltserhöhung steht auf ihrer Forderungsliste.

In Escuintla stürmten Dutzende von LehrerInnen den Eröffnungsakt der neuen Markthalle, zu der Portillo eigens angereist kam, piffen den Präsidenten aus und gaben ihren Forderungen nach mehr Gehalt lautstark Ausdruck.

In Jalapa protestierten die LehrerInnen des *Schulprojekts für die entwurzelte Bevölkerung* dagegen, dass sie vom regionalen Erziehungsdirektor als unfähig bezeichnet worden seien, weil sie Ex-Gueriller@s seien. Die LehrerInnen beschuldigten den Erziehungsdirektor, er wolle sie rauskeln und durch LehrerInnen seiner Parteilinie ersetzen und baten um die Intervention der nationalen Behörden.

In Huehuetenango beschlossen die LehrerInnen, einem Weiterbildungskurs über die neuen Schulpläne fernzubleiben, solange das Erziehungsministerium das Versprechen nicht erfülle, sie auch während dieser Weiterbildung weiterhin zu entschädigen.

In San Marcos schlossen sich die LehrerInnen von 29 Gemeinden dem Entschluss ihrer KollegInnen in Huehue an und blieben dem Weiterbildungskurs fern. Auch sie erklärten sich in permanenter Versammlung. Sie seien nicht grundsätzlich gegen eine Professionalisierung, sondern es störe sie, dass die FRG daraus wahlpolitisches Kapital schlage, erklärte ein Sprecher. So bekämen z.B. in San Marcos nur diejenigen LehrerInnen einen festen Anstellungsvertrag, die der Partei angehören und

noch 15 weitere Personen dazu bringen, sich ins FRG-Parteiregister einzutragen.

In Sololá besetzten fünftausend LehrerInnen das regionale Erziehungsministerium, weil dessen Vorsteher seine Versprechen nicht eingehalten habe. Sie fordern eine Erneuerung ihrer Verträge und die Annullierung all jener Verträge, die nur mit ParteigängerInnen der FRG abgeschlossen wurden.

Auch in anderen Gemeinden und Departements kam es zu Protesten der LehrerInnen. Für den 22. Januar rief die ANM zu einer nationalen Demonstration in der Hauptstadt auf. Zehntausende (die OrganisatorInnen sprechen von 35'000) LehrerInnen aus dem ganzen Land kamen dem Aufruf nach. Die Hauptforderungen der DemonstrantInnen waren: Erhöhung des Gehalts um mindestens 60%, Bau und Einrichtung von mehr Schulhäusern, die Implementierung der Schulreform, die rechtzeitige Vergabe von Stipendien und Schulmaterialien, sowie eine definitive Regelung bezüglich der Schulmahlzeiten. Der Regierung wurde vorgeworfen, das Militär bevorzugt zu haben bei der Verteilung der Regierungsgelder, während die Posten für Erziehung und Gesundheit 2003 links liegen gelassen worden seien.

Ein ebenfalls auf den 22. angesetztes Treffen mit dem Erziehungsminister, Mario Torres, platzte, weil man sich mit ihm nicht einig wurde über die Grösse der Delegation der LehrerInnen. Der Minister weigerte sich, mit mehr als fünf VertreterInnen zusammen zu sitzen, worauf die LehrerInnen den Dialog abbrachen und den ganzen Tag die Korridore

des Ministeriums besetzt hielten.

Aber nicht nur die LehrerInnen, sondern auch die StudentInnen protestierten. An der Universität San Carlos in der Hauptstadt besetzten zukünftige Studierende der Rechtswissenschaften die Fakultät und protestierten gegen die geplanten Zulassungsexamen. Durch diese Examen werden offenbar 45% der interessierten StudentInnen ausgefiltert, womit ihnen laut den Demonstrierenden das Recht auf Bildung verwehrt werde.

In der Hauptstadt schlossen sich auch andere Sektoren der Protestwelle an: BäuerInnen, Indigenas und ElendsviertelbewohnerInnen, die sich alle gegen die von der Regierung getroffenen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Massnahmen wehrten.

Eine gute Nachricht ist aus dem Schulwesen doch noch zu vermelden. Die SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern von Chimaltenango erreichten nach jahrelangem Kampf, dass das Gelände der Schule Pedro Molina, welches seit 1982 von der Militärzone Nr. 302 besetzt wurde, vom Verteidigungsministerium an die Schulgemeinde zurück gegeben wurde. Bei der Übergabe waren alle staatlichen Vertreter mit Rang und Namen zugegen, nebst dem Präsidenten auch Ríos Montt und der Verteidigungsminister, internationale DiplomatInnen und rund 1400 SchülerInnen von Chimaltenango. Ein verdienter Erfolg dieses Kampfes, doch hat es die FRG geschafft, selbst aus diesem Anlass eine Politveranstaltung zu machen und irgendwelche Jugendlichen im Publikum mit FRG-Fähnchen zu bestücken.

## "Die Kühe" stinken weiter

**Guatemala, 23. Jan.** Mindestens zehn Bürgermeister von Gemeinden in Zacapa und El Progreso, protestierten dagegen, dass der Umweltminister, Carlos Cáceres, die Schliessung des Wasserkraftwerks *Las Vacas* (die Kühe) rückgängig gemacht hat (siehe ¡Fijáte! 276).

Cáceres hatte sie zu einem Treffen eingeladen, um gemeinsam die weiteren Massnahmen zu besprechen. Dabei vertrat der Umweltminister ganz klar die Interessen des Kraftwerks, lobte die Vorteile eines solchen und bedauerte den Verlust, den die Schliessung der Anlage bedeuten würde. Da man zu keinem Ergebnis kam an dem Treffen, wurde ein neues abgemacht.

Die Überraschung der Bürgermeister war gross, als sie erfuhren,

dass der Minister unilateral die Sanktionen gegen *Las Vacas* aufgehoben hatte und in einem Kommuniqué schrieb, dies sei das Ergebnis der gemeinsamen Diskussion mit den Bürgermeistern und gelte solange, bis man konkrete Ergebnisse der Laboruntersuchungen habe und sicher sein könne, dass die Verschmutzung des Motagua-Flusses wirklich vom Kraftwerk verursacht worden sei. Nach etwas Recherche fanden die Bürgermeister gar heraus, dass die Sanktionen aufgehoben wurden, noch bevor sie sich mit Cáceres getroffen hatten.

Darauf angesprochen, erklärte die Sprecherin des Ministeriums, man wolle nicht die wirtschaftlichen Interessen des Landes einschränken, doch würde ihre Institution durchaus auf den Schutz der Natur und der Ressourcen hinarbeiten.